

# 900 Jahre Freiburg – Freiburg und der Oberrhein

## Badische Außenpolitik von Freiburg aus Rolle und Aufgaben des Regierungspräsidiums Freiburg und seiner Stabsstelle für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten am Oberrhein

Jürgen Bernd Oser

*Baden-Württemberg ist geprägt von einer 520 Kilometer langen Binnen- und EU-Außengrenze zu seinen Nachbarländern Frankreich und der Schweiz. 479 Kilometer davon liegen im Regierungsbezirk Freiburg. Bereits 1986 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg die Einrichtung eines Grenzlandreferates beim Regierungspräsidium Freiburg beschlossen, um die von der Landesregierung beabsichtigte Grenzlandarbeit zu intensivieren, zu koordinieren und die Nachbarschaftspolitik an Oberrhein und Bodensee mitzugestalten. Die Stabsstelle ist unmittelbar der Regierungspräsidentin zugeordnet und unterstützt oder vertritt sie in ihrer Funktion als Mitglied zahlreicher grenzüberschreitender Gremien.*

Heute leben 10 Millionen Menschen an Oberrhein, Hochrhein und rund um den Bodensee. Vielfältig miteinander verflochten er-



Regierungspräsidium Freiburg Basler Hof mit Fahnen (Bild: Regierungspräsidium Freiburg)

wirtschaften sie gemeinsam ein »Bruttoinlandsprodukt« von 500 Milliarden Euro (2016). Aus Brüsseler Sicht gehören diese Lebensräume zu den erfolgreichsten Grenzregionen in Europa.

Die 16 Mitarbeiter der Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten sind nicht nur im Basler Hof, sondern vorwiegend an den Schnittstellen zwischen den einzelnen Ländern tätig. In der Geschäftsstelle der Internationalen Bodenseekonferenz in Konstanz, im Gemeinsamen Sekretariat der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz in Kehl und in den Bürgerberatungsstellen INFOBEST Kehl/Strasbourg und Palmrain bei Basel.



Karte Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Oberrhein/Hochrhein/Bodensee

## Wiederaufbau nach 1945 und Anfänge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Am Oberrhein war es der spätere Oberbürgermeister von Colmar, Joseph Rey, der als Erster den Weg der Versöhnung ging. »Manche meiner elsässischen Freunde und Leidensgefährten, mit denen ich 37 Monate Lager und dann Gefängnishaft in Freiburg geteilt hatte,

konnten nicht verstehen, als ich am 26. Mai 1945, kaum zu Hause, wieder nach Freiburg fuhr. (...) Später besuchte ich auch die Herren Anton Dichtel und Lambert Schill, nach dem Zusammenbruch Regierungspräsident und badischer Landwirtschaftsminister und andere mehr, die nach dem Attentat auf Hitler im Untersuchungsgefängnis Freiburg eingeliefert worden waren. (...) Zu uns gesellten sich bald Dr. Hofmann, OB von Freiburg,



Regierungspräsident Dichtel mit Bürgermeister Rey, Freiburg, 12.11.1960

(Bild: Willy Pragher, Staatsarchiv Freiburg W 134 Nr. 060758d)

Landrat Oswald, der damalige Bürgermeister von Breisach am Rhein, »Europasepp« genannt, der die Flamme des Friedens auf dem Eckhartsberg zündete und am Rheinübergang eine mächtige Tafel aufstellen ließ: »Du kommst aus Europa, du gehst nach Europa.« Im Rathaus Breisach trafen wir uns, um diese Zusammenarbeit zu fördern, auch wurde dort die Interessengemeinschaft Breisgau Mittleres Elsass CIMAB gegründet.«<sup>1,2</sup>

Unterstützung humanitärer Art gleich nach dem Krieg kam auch aus der Schweiz. 1954 wurde auf dem Claraplatz in Basel der »Vreneli-Brunnen« eingeweiht. Er war ein Geschenk der badischen Nachbarn, die damit ihre Dankbarkeit für die Hilfslieferungen der Basler Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg ausdrücken wollten.

Den Begriff »kleine badische Außenpolitik« verwendete 1946 erstmals der überzeugte Europäer Leo Wohleb. Auch als Staatspräsident des Landes Baden erachtete er gut nachbarschaftliche Beziehungen als grundlegend für die Konstituierung des Landes, die Verständi-

gung mit Frankreich und der Schweiz. Seine auf Ausgleich bedachte Politik mit der Besatzungsmacht führte schon bald zu einer besseren Zusammenarbeit beider Verwaltungen.

Mit der Zeit änderte sich auch das Deutschlandbild der Franzosen. In der Zeit von 1945 bis 1999 lebten in Folge mehrere Millionen Soldaten, Offiziere und Zivilbeschäftigte mit ihren Familien an Oberrhein und Bodensee. Zunächst als Besatzer, später als Angehörige der alliierten Stationierungstreitkräfte, fühlten sie sich wohl und pflegten in den

Garnisonen, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen deutsch-französischen Clubs, eine durchweg gute Nachbarschaft.

Nach Ihrem geschichtsträchtigen Treffen in Colombey-les-deux-Églises (1958) absolvierten de Gaulle und Adenauer Staatsbesuche in den jeweiligen Nachbarländern. Sie lösten damit so viel Begeisterung (Ludwigsburger Rede 1962) aus, dass sie beschlossen, die neue Freundschaft mit dem Elysee-Vertrag zu festigen (1963).



Leo Wohleb mit Robert Schuman, 29.5.1949, Offenburg

(Bild: Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/35 Bü 835)



Hermann Person (2.v.l.) auf der Conférence tripartite am 6.5.1972 in Colmar  
(Bild: Willy Pragher, Staatsarchiv Freiburg W 134 Nr 0965832c Bild 1)

Im selben Jahr entstand die »Regio Basiensis«. Als privatrechtlicher Verein sollte sie zweifellos auch die grenzüberschreitende wirtschaftliche Entwicklung beider Basel befördern. Bald erhielt sie auch Mitglieder aus dem Haut-Rhin und aus Südbaden und wurde so zur ersten informellen Plattform für den trinationalen Austausch.

1965 fand in Basel eine »Internationale Plannertagung« statt. Sie diskutierte erstmals den Begriff vom »Europa der Regionen«.³ Mit dabei war Ministerpräsident Hans Filbinger, der für das Land Baden-Württemberg sein Interesse bekundete.

Als Regierungspräsident intensivierte Dr. Hermann Person⁴ die Kontakte ins Elsass und die Schweiz. 1968 lud er zum Treffen der Präfekten und Unterpräfekten mit den südbadischen Landräten auf Schloss Bürgeln ein. Der Meinungsaustausch sorgte zunächst für Irritationen. Dennoch setzte Person damit einen entscheidenden Impuls zur Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Im November 1970 begannen die sog. periodischen internationalen Koordinationsgespräche. Hans Konrad Schneider, der erste Leiter des Grenzlandreferats⁵, bezeichnet die »PIK-Runden« »als eine Art ›Gefreiten-Konferenz‹ der Umlandbehörden, die 6 bis 8 Mal

jährlich tagte und sich als ungemein informativ und innovativ erwies. Denn ohne einen Fuß in der staatlich regionalpolitischen Führungsebene zu haben wäre das Regio-Modell nicht mehr aufgegangen.«⁶

In der Zeit von 1971 bis 1975 trafen sich dann auch die Chefs der Verwaltungen zur »Conférence tripartite permanente de coordination régionale«. Regierungspräsident Person und der Lörracher Landrat, der Präfekt und der Präsident des Generalrates aus Colmar und je ein Regierungsrat aus den beiden Basel kamen halbjährlich zusammen und besprachen Themen wie Grenzgängerfragen, Finanzausgleich, Atomkraftwerke, Planungs- und Verkehrsfragen, auch im Zusammenhang mit dem binationalen Flughafen Basel/Mulhouse, Kulturaktivitäten und anderes mehr.⁷

## Les accords de Bonn – Das Bonner Abkommen

Nicht unbedingt glücklich war man in Paris über die zunehmend intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Anfang der 1970er Jahre waren im Quai d'Orsay so viele Anfragen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus dem El-

sass eingegangen, dass das Wirken der lokalen Akteure im Département du Haut-Rhin mit Argwohn betrachtet wurde. Man befürchtete sogar autonomistische Tendenzen, denen man so schnell wie möglich einen Riegel vorschieben wollte. Im Mai 1972 erging eine Einladung an die Außenministerien in Bonn und Bern, sich über eine gemeinsame Politik am Oberrhein abzustimmen.<sup>8</sup>

Das daraus entstandene Bonner Abkommen vom 22.10.1975 bildet bis heute die staatsrechtlich verbindliche Grundlage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und definiert zugleich ein Mandatsgebiet, das den gesamten Raum zwischen Jura, Schwarzwald, Vogesen und Pfälzer Wald mit einer Fläche 21 528 Quadratkilometer umfasst.

Große Diskussionen verursachte die im Vertrag vorgesehene Gründung zweier Regionalausschüsse unter dem Dach der Regierungskommission. Während der Regionalausschuss Nord tatsächlich einer Neuerung gleichkam, weil nun auch die Südpfalz und der Raum Karlsruhe mit in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einbezogen wurden, trat der Regionalausschuss Süd an die Stelle der schon seit 1991 bestehenden »Commission tripartite«. Sollten damit vielleicht die erfolgreichen Akteure vor Ort »ausgebremst« und kontrolliert werden? Tatsächlich konnten die beiden Regionalausschüsse, bei allen Berichtspflichten, dann aber eine durchweg eigenständige und von der Zahl der Sitzungen her weit intensivere rheinüberschreitende Zusammenarbeit praktizieren, als die Regierungskommission selbst. Ab dem Jahre 1989 tagten die Ausschüsse nur noch zusammen unter dem Begriff »Oberheinkonferenz«. Festzuhalten bleibt, dass das Bonner Abkommen die erfolgreiche »kleine Außenpolitik« nicht nur legitimiert, sondern letztlich auch mit der »großen Außenpolitik« verflochten hat.<sup>9</sup>



Regierungspräsident Dr. Norbert Nothhelfer mit Präfekt Claude Guizard am 15.5.1990 in Freiburg (Bild: Marlies Decker, StA Freiburg W 140 Nr. 15876)

Zur Einrichtung des »Grenzlandreferats« (1986) kam es dann in der Amtszeit von Regierungspräsident Dr. Norbert Nothhelfer, »weil allen klar war, dass die eher losen grenzüberschreitenden Kontakte nicht mehr ausreichten, um die Probleme zu lösen. Gegen manche Widerstände auch in Stuttgarter Ministerien ist dann die mit Profis besetzte Einrichtung im Freiburger Regierungspräsidium gegründet worden, wobei der Einfluss von Ministerpräsident Lothar Späth und CDU-Fraktionschef Erwin Teufel entscheidend war.«<sup>10</sup> Schon gleich nach der Gründung des Büros war sofort Krisenmanagement gefragt: Durch einen Brand der Chemiefabrik der Firma Sandoz bei Basel war der Rhein verseucht, und die Folgen konnten nur grenzüberschreitend aufgearbeitet werden.<sup>11</sup>

## Sie haben eine Projektidee? INTERREG!

Mit Beginn der 90iger Jahre bewährte sich die »kleine Außenpolitik« ein weiteres Mal. Diesmal als Instrument, um die europäische Integration voranzutreiben. Mehr als ein Drittel der EU-Bürger leben in Grenzräumen. Mit

dem sog. INTERREG-Programm wollte die Kommission die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Disparitäten zwischen den verschiedenen Gebieten verringern, Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum schaffen und eine nachhaltige Entwicklung fördern.

Schrittmacher war jetzt der PAMINA-Raum (Palatinat –Mittlerer Oberrhein –Nord Alsace) im Norden des Oberrheingebietes, der sich mit acht Pilotprojekten an der neuen europäischen Regionalpolitik beteiligte. Im »Alten Zollhaus« in Lauterbourg entstand die erste Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen (INFOBEST, 1988).

Am 16. Oktober 1989 zog der Süden nach. Auf Schloss Bürgeln wurde die »Willenserklärung für eine gemeinsame Entwicklungskonzeption Elsass – Südbaden – Nordwestschweiz« unterzeichnet.

Durch die europäischen Fördermittel war es von jetzt ab möglich, jedes grenzüberschreitende Projekt mit 50 % zu bezuschussen.

Nachdem sich das Regierungspräsidium Freiburg bereit erklärte hatte die Abwicklung

des ersten INTERREG-Programms für die Mitte und den Süden des Oberrheingebietes zu übernehmen, ging bald eine regelrechte Flut von Anträgen ein.

### Professionelle Strukturen für die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Alleine im Jahr 1993 – als Regierungspräsident amtierte inzwischen Dr. Conrad Schroeder – wurden zwei weitere INFOBEST-Stellen in Kehl (Projektträger Regierungspräsidium Freiburg) und Palmrain bei Basel sowie das EUROINSTITUT und die Europäische Verbraucherberatung, beide ebenfalls in Kehl, ihrer Bestimmung übergeben.

Die segensreiche Wirkung der Brüsseler Regionalpolitik entfaltete sich schließlich auch zugunsten der Gründung des trinational besetzten Gemeinsamen Sekretariats der Oberrheinkonferenz in Kehl (Projektträger Regierungspräsidium Freiburg). Obwohl eine



Festakt Eröffnung der INFOBEST Kehl/Strasbourg im September 1993.

OB Pröbldorf, Landrat Fehringer, Regierungspräsident Schroeder, Bürgermeister Kuntz, Präsident Rudloff, Präfekt Delpont, Minister Dr. Hoeffel. Es spricht Minister Dr. Vetter. (Bild: Regierungspräsidium Freiburg)

Arbeitsgruppe »Bilanz und Perspektiven« bereits 1982/83 angeregt hatte ein gemeinsam getragenes Verbindungsbüro zu schaffen, um die Arbeit der Regionalausschüsse besser koordinieren zu können, sollte es 14 Jahre dauern bis der Betrieb aufgenommen werden konnte.

Der deutsche, französische und schweizerische Delegationssekretär vernetzten rasch die politisch Verantwortlichen und Fachverwaltungen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, mit den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Jura und Solothurn und den staatlichen Behörden und Gebietskörperschaften im Elsass. Die heute 12 Arbeitsgruppen der Oberrheinkonferenz (Erziehung und Bildung, Sport, Umwelt, Wirtschaft und Arbeit, Raumordnung, Kultur, Landwirtschaft, Statistik, Katastrophenhilfe, Jugend, Verkehr, Gesundheit) sowie 35 Expertenausschüsse decken das komplette Spektrum staatlichen Handelns in den drei Ländern ab. Ein Quantensprung, verglichen mit dem vergleichsweise punktuellen Informationsaustausch in der Vergangenheit.

In den jährlichen Sitzungen der Regierungskommission wurden und werden in erster Linie diejenigen Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit behandelt, die von der Oberrheinkonferenz in eigener Zuständigkeit nicht gelöst werden können, wie z. B. steuer- oder sozialversicherungsrechtliche Probleme. Die Kontakte zwischen dem Gemeinsamen Sekretariat und den Mitarbeitern in den drei Außenministerien werden aber ständig gepflegt.

In Ergänzung zur Oberrheinkonferenz als Organ der Exekutive versammelt der Oberrheinrat seit 1997 die Gewählten der Region. Die lang erwartete Entscheidung fiel 1996 bei einem der regelmäßigen Treffen der badisch-elsässischen Christdemokraten im Kolping-

haus in Freiburg. Der gerade frisch gewählte Regionalratspräsident Adrien Zeller klagte seit Jahren über die aus seiner Sicht mangelnde Wertschätzung der elsässischen Gebietskörperschaften durch die staatlichen französischen Vertreter. Das war dann – Ministerpräsident Erwin Teufel nahm als Gast an diesem Treffen teil – Grund genug für die badischen Parteifreunde gemeinsam mit den Elsässern den Startschuss für dieses neue Gremium zu geben. Der viel zu früh verstorbene Adrien Zeller, der sich größte Verdienste um die deutsche-französische Zusammenarbeit erworben hat, wollte mit dem Oberrheinrat ganz sicher auch der staatlichen Oberrheinkonferenz Paroli bieten und in seinem Sinne einige Pflöcke einschlagen. Tatsächlich aber wirken Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz bislang gut zusammen. Viele Projektfinanzierungen wären ohne die Unterstützung der Gewählten nicht möglich gewesen. Das Sekretariat des Oberrheinrates arbeitet in Kehl, Tür an Tür mit den Delegationssekretären der Oberrheinkonferenz. Im Oberrheinrat sind 71 Gewählte aus den drei Ländern aktiv.

Ein weiterer Fortschritt war 1996 die Unterzeichnung des Karlsruher Übereinkommens (Karlsruhe, weil der damalige Bundesaußenminister Kinkel dort seinen Wahlkreis hatte) Fortan konnten Gemeinden und kommunale Gebietskörperschaften aus Deutschland, Frankreich, Luxemburg und der Schweiz grenzüberschreitende Kooperationsvereinbarungen ohne Staatsvertrag schließen.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages riefen dann Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Bildung eines Eurodistriktes Strasbourg/Kehl auf. Ursprünglich einmal in Anlehnung an den Washington DC als besonderer Raum rund um den Parlamentssitz Strasbourg erdacht, kam die Idee nun viele Jahre später und

stark abgewandelt überraschend doch noch zum Zuge, weil anlässlich des Spitzentreffens am 12. Juni 2001 in Freiburg auch »etwas unterschrieben« werden sollte. Heute sind die Eurodistrikte grenzüberschreitende Kooperationsräume. Gemeinden und kommunale Gebietskörperschaften haben im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Möglichkeit zu einer integrierten Zusammenarbeit.

Im Oktober 2005 wurde der Eurodistrikt »Straßburg-Ortenau« gegründet. Es folgten die Eurodistrikte Region Freiburg/Centre et Sud-Alsace 2006 und der Trinationale Eurodistrict Basel 2007. Im Jahr 2008 gab sich die Regio PAMINA ebenfalls den Status eines Eurodistriktes.

### Gemeinsam handeln und gestalten – die Trinationale Metropolregion Oberrhein

Eine besondere Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spielten die einst auf Initiative des Landes Baden-Württemberg initiierten Dreiländerkongresse. Ziel war es zentrale Themen nicht nur unter Vertretern der Exekutive, sondern im Sinne einer Öffnung auch mit interessierten Bürgern, Sachverständigen und Experten zu diskutieren und gemeinsam Lösungsansätze und Projekte zu formulieren. Kongressthemen waren Verkehr, Kultur, Umwelt, Wirtschaft, Jugend, Bildung und Beruf, Handwerk und Gewerbe, Raumordnung, Bürger sein am Oberrhein, Medien und Bildung, Forschung und Innovation sowie Zivilgesellschaft. Ein Blick auf die Kongressdokumentation beweist, dass einmal dort skizzierte Projekte dann in aller Regel auch zur Realisierung kamen.

Einen Paradigmenwechsel leitete der 10. Dreiländerkongress mit dem Titel »Zukunft



Dr. Sven von Ungern-Sternberg bei der Eröffnung des Dreiländerkongresses (Bild: Regierungspräsidium Freiburg)

Oberrhein im erweiterten Europa« ein, der auf Einladung von Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern Sternberg und Ministerpräsident Günther Oettinger im Konzerthaus in Freiburg stattfand (2006). Inspiriert durch das Beispiel der Metropolregion München und die dort praktizierte enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stellten sich zwei bedeutsame Fragen: »Wo wollen wir eigentlich hin am Oberrhein?« und »Wie gelingt es uns alle relevanten Akteure in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzubinden?«

Grundlage der Überlegungen war der im Vorfeld von der Oberrheinkonferenz entwickelte »Raumordnerische Orientierungsrahmen«, der die Vorteile der polyzentrischen Grundstruktur des Oberrheins aufzeigte: ein engmaschiges Netz dynamischer Groß-, Mittel- und Kleinstädte, die jeweils unterschied-





Regierungspräsident Julian Würtenberger mit den Unterzeichnern der Gründungsurkunde für die Trinationale Metropolregion Oberrhein am 9.12.2006 im Hubert Burda Media Tower in Offenburg (Bild: Burda Media)

liche, sich ergänzende und wichtige städtische Funktionen ausüben. Mit den dazwischenliegenden ländlichen Räumen bilden sie eine homogene Solidargemeinschaft, die für Ausgewogenheit und territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt steht.

Ziel des Kongresses war es nicht neue Verwaltungsstrukturen zu schaffen, sondern die Koordinierung zu verbessern, die verfügbaren Ressourcen zu bündeln, Netzwerke zu schaffen und die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen. Für die weitere Entwicklung sollte nicht mehr der Zufall, sondern eine gemeinsam erarbeitete »Strategie 2020« Pate stehen, die im Rahmen einer in Europa einzigartigen und neuartigen Gouvernance-Struktur mit den Säulen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gestaltet und gelebt werden sollte.

Zur weiteren Vorbereitung setzte die Oberrheinkonferenz unter Leitung des Regierungspräsidentiums Freiburg eine ad hoc Gruppe ein. Ihr Ziel war die Zusammenführung und Abstimmung der verschiedenen Initiativen und Akteure und die Vorbereitung der Gründung einer Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO). Der Präsident der Region Alsace, Adrien Zeller, nahm das Thema beim 11. Dreiländerkongress in Strasbourg (2008) erneut auf. Dort wurde das endgültige Konzept politisch abgestimmt und beschlossen.

Gleichzeitig wurde eine Marketingstrategie entwickelt, um eine möglichst breite Unterstützung am Oberrhein und auf der jeweiligen nationalen und europäischen Ebene zu erreichen. Nachdem das Projekt in der Agenda 2020 des deutsch-französischen Ministerrates verankert werden konnte, fuhr unter Lei-

tung von Regierungspräsident Julian Würtenberger eine hochkarätige 100-köpfige Delegation, u. a. mit Prof. h.c. Dr. Hubert Burda, nach Brüssel, um das Konzept führenden Vertretern der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission vorzustellen. Ziel war es die oberrheinische Gouvernance auch als Modell für andere Grenzregionen anzubieten. Mit Erfolg. Der Generaldirektor der DG Regio, Dr. Dirk Ahner, empfing die Neuerer mit den für sie ganz überraschenden Worten: »Wir haben auf sie gewartet.«

Am 9. Dezember 2010 erfolgte im Burda Media Tower in Offenburg die offizielle Gründung der TMO. Am selben Tage wurde sie in der sogenannten Offenburger Erklärung offiziell von den drei Nationalstaaten anerkannt.

## Eine Strategie für die Entwicklung des Oberrheins

Die Ziele aus der »Strategie 2020« hat der Oberrhein erreicht. Vertreter aus Politik,



Die Basler Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer und Claudine Ganter von der Region Grand Est bringen am 22.11.2019 im Großratsaal zu Basel die Strategie 2030 auf den Weg. (Bild: Regierungspräsidium Freiburg)

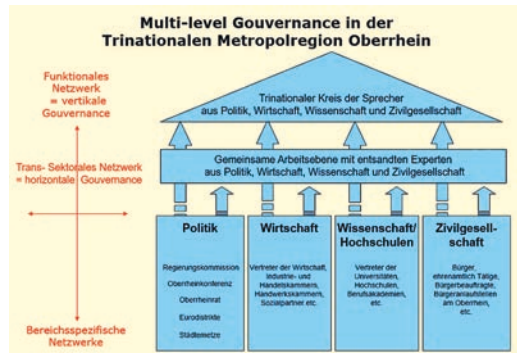


Schaubild Multi-Level Governance TMO

Wirtschaft und Wissenschaft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz haben deshalb im November 2019 im Basler Rathaus als Arbeitsgrundlage für die kommenden 10 Jahre die »Strategie 2030 für die Trinationale Metropolregion am Oberrhein« unterzeichnet<sup>12</sup>.

»Wir wollen Modellregion für Europa sein«, betonte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, die federführend an der Erarbeitung beteiligt war und als Sprecherin der Säule Politik der TMO und Präsidentin des INTERREG-Begleitausschusses<sup>13</sup> in der Verantwortung steht.

Mit Blick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die angestrebte Exzellenz in Wirtschaft und Wissenschaft soll im Zeichen des Klimawandels auch der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden. Dabei geht es unter anderem um die Zugverbindung zwischen Freiburg und Colmar sowie ein Bahnticket für Azubis und Studierende am Oberrhein. Zur »Strategie 2030« zählen auch ein durchlässiger Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie Erleichterungen für die

grenzüberschreitende Arbeit von Handwerkern, der geplante Wirtschafts- und Innovationspark im französischen Fessenheim. sowie der Abbau von rechtlichen Barrieren für die Bürgerinnen und Bürger.

Die in der »Strategie 2030« niedergelegten Ziele fließen nun in das Operationelle Programm (OP) INTERREG VI 2021–2027 ein. Das OP ist die Grundlage für die Gewährung von europäischen Fördergeldern. In der Zeit von 1988 bis September 2020 hat Brüssel insgesamt 284 Millionen Euro und die Schweiz Bundesmittel in Höhe von insgesamt 27,5 Millionen Euro an den Oberrhein überwiesen. Damit konnten 524 grenzüberschreitende Projekte realisiert werden. Dazu kommen noch 311 sog. Kleinprojekte, die bürger- bzw. zivilgesellschaftlichen Zielen dienen.

Von drei neuen Straßenbahnen über den Rhein bis zur grenzüberschreitenden Ausbildung von jungen Menschen, von der Wissenschaftsoffensive bis zum neuen schweren Einsatzboot der deutsch-französischen Wasserschutzpolizei, vom Museumspass bis zu den elf neuen Brücken über den Rhein: ohne INTERREG und die Kohäsionspolitik der Europäischen Union wäre es um die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein schlecht bestellt

## Der Aachener Vertrag

Eine weitere Perspektive für den Oberrhein bietet der Aachener Vertrag vom 22. Januar 2019.<sup>14</sup> Er erneuert nicht nur das Fundament



Rund um den Rehfußplatz hat die Stadt Kehl für das ständig wachsende Kompetenzzentrum die historische Villa und zahlreiche weitere Büroräume und Konferenzsäle zur Verfügung gestellt (Bild: INFOBEST Kehl/Strasbourg)

der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, sondern führt auch konkrete Projekte auf, für die der Oberrhein seit Jahren kämpft:

- Die Einrichtung eines Bürgerfonds mit einem Volumen von 2,4 Millionen Euro für den zivilgesellschaftlichen Austausch.
- Die gemeinsame Entwicklung der Nachnutzung des Gebiets rund um das AKW Fessenheim nach der Stilllegung im Rahmen eines deutsch-französischen Wirtschafts- und Innovationsparks.
- Die Wiederherstellung der grenzüberschreitenden Bahnverbindung zwischen Colmar und Freiburg durch den Wiederaufbau der Rheinbrücke in Abhängigkeit der Ergebnisse der laufenden Machbarkeitsstudie.

Ganz im Sinne des Oberrheins ist auch die Gründung der deutsch-französischen parlamentarischen Arbeitsgruppe mit je neun Abgeordneten des Deutschen Bundestages (Vorsitzender ist MdB Andreas Jung, Konstanz) und der französischen Nationalversamm-

lung. Die Gewählten kommen allesamt aus den Grenzregionen und werden in Paris und Berlin die Umsetzung der Ziele des Aachener Vertrages begleiten, und was Projekte betrifft, eventuelle Verzögerungen anmahnen.

Als Sitz der Geschäftsstelle des grenzüberschreitenden Ausschusses für das Aachener Abkommen haben Frankreich und Deutschland, der Grand Est, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland die Rehusvilla in Kehl ausgewählt. Die Ausschusssitzungen werden in Strasbourg abgehalten. Damit erfährt das grenzüberschreitende Kompetenzzentrum<sup>15</sup>, ergänzend zu den bestehenden europäischen Einrichtungen in Straßburg, eine weitere Aufwertung als Informationsdrehkreuz und Clearingstelle für die Akteure des Oberrheins.

#### Anmerkungen

- 1 Joseph Rey, *Meine Geistes- und Herzenswandlung in Europa*, Aufsatz vermutlich aus den 80er Jahren stammend; er wurde dem Autor von dessen Enkelin Brigitte Klinkert überlassen. Sie war Präsidentin des Conseil Départemental du Haut-Rhin und ist jetzt Ministerin in der französischen Regierung.
- 2 Der erste südbadische Regierungspräsident Dr. Paul Waeldin nahm 1956 in Colmar auf Einladung von Joseph Rey an der ersten deutsch-französischen Bürgermeisterkonferenz teil.
- 3 Regio Basiliensis, *Meilensteine der Oberrheinkooperation*, 2019.
- 4 Reihe der Freiburger Regierungspräsidenten: Dr. Paul Waeldin (1952–57); Anton Dichtel (1957–67); Dr. Hermann Person (1967–79); Dr. Norbert Nothhelfer (1979–91); Dr. Conrad Schroeder (1991–98); Dr. Sven von Ungern-Sternberg (1998–2007); Julian Würtenberger (2008–12); Bärbel Schäfer (seit 2012).
- 5 Reihe der Leiter der Stabsstelle (SGZE): Hans Konrad Schneider; Wilderich von Droste; Jürgen Bernd Oser; Dr. Klaus Schüle.
- 6 Anlagenband zur Kabinettsvorlage über die Politik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg – Entwicklung, Bilanz und Ausblick – 1999.

- 7 Ebenda.
- 8 Vgl. hierzu Birte Wassenberg, *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa als Mittel der »kleinen« deutschen Außenpolitik: das Beispiel des Oberrheins*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, juin 2015.
- 9 Ebenda.
- 10 Reinhard Reck, *Pioniere wagten Brückenschlag*, *Mittelbadische Presse*, 25.11.2006.
- 11 Ebenda.
- 12 <https://www.oberrheinkonferenz.de/oberrheinkonferenz/aktuelle-informationen/news/items/strategie-2030-der-trinationalen-metropolregion-oberrhein-unterzeichnet.html>.
- 13 Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Begleitausschüsse zu bilden. Sie kontrollieren, ob die Mittel aus den Europäischen Strukturfonds ordnungsgemäß verwendet werden. Der Begleitausschuss besteht aus regionalen Partnern sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern. Den Vorsitz des Begleitausschusses am Oberrhein führt jeweils der Regierungspräsident von Freiburg. Die Verwaltungsbehörde hat ihren Sitz in der Verwaltung der Region Grand Est, Strasbourg.
- 14 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/1570126/c720a7f2e1a0128050baaa6a16b760f7/2019-01-19-vertrag-von-aachen-data.pdf>.
- 15 Grenzüberschreitende Einrichtungen in Kehl: Deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation; Energie-Netzwerk der Trinationalen Metropolregion Oberrhein; EURES Europäische Arbeitsvermittlung Arbeitsagentur; Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V.; Euro-Institut Institut für grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Gemeinsames Sekretariat der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz; Gemeinsames Zentrum für deutsch-französische Polizei- und Zollzusammenarbeit; INFOBEST Kehl-Strasbourg; Geschäftsstelle des grenzüberschreitenden Ausschusses für das Aachener Abkommen.



Anschrift des Autors:  
Jürgen Bernd Oser  
Goethestraße 3a  
76547 Sinzheim  
[juergen.oser@gmx.de](mailto:juergen.oser@gmx.de)